



Vierzehnjähriger Abonnementspreis in Breslau 2 Thlr., außerhalb incl. Porto 2 Thlr. 11/2 Sgr. Inlandsendungen für den Raum einer fünftheiligen Zeile in Zeitungschrift 1/2 Sgr.

Expedition: Herrenstraße Nr. 20. Außerdem übernehmen alle Post-Anstalten Bestellungen auf die Zeitung, welche Sonntag und Montag einmal, an den übrigen Tagen zweimal erscheint.

No. 96. Mittag-Ausgabe.

Verlag von Eduard Trewendt.

Dinstag, den 26. Februar 1861.

Telegraphische Depeschen und Nachrichten.

Westf., 25. Febr. Heute Nacht wurde eine Polizeipatrouille von einer Schaar zusammengerotteter Gassenjungen in der Königsgasse durch Pfeifen und Steinwürfe thätlich insultirt. Durch Steinwürfe auf das Fenster gerichtet und bedroht, machte ein Polizeiwachtmeister von der Feuerwaffe Gebrauch und verwundete einen Kellner am Oberarm.

Magusa, 24. Febr., Abends. Seit 14 Tagen sind in der Sutorina Unruhen entstanden. Die Aufständischen unter Bakalofsky's Anführung blockiren ein Wachtthaus. Gestern Abend ist Mehmed Pascha mit 400 Mann nach der Sutorina aufgebrochen und Dervisch Pascha gegen Zubzi vorgerückt. Man sah einem Zusammenstoß mit den Aufständischen, die von allen Seiten Verstärkung erwarten, entgegen.

Paris, 25. Febr., Abends. Die von dem Senate entworfene Adresse wünscht dem Kaiser zu seiner inneren und äußeren Politik Glück. Betreffs Italiens sagt die Adresse: Zwei Interessen, die der Kaiser habe versöhnen wollen, seien im Widerspruch mit einander, die Freiheit sei im Kampfe mit dem römischen Hofe. Um den Conflict zu heben, fährt die Adresse fort, sind Ihrer Regierung alle billigen Wege offen gewesen. Sie haben allein vor der Anwendung des Gewalt Hält gemacht. Die Adresse spricht sich demnach für Nichtintervention aus. Sie sagt ferner, Italien dürfe durch seine Freiheit Europa nicht agitiren. Es müsse sich erinnern, daß der Katholicismus ihm das Oberhaupt der Kirche, welches die größte moralische Macht repräsentire, anvertraut habe. Unsere festeste Hoffnung aber, heißt es weiter, liegt in Ihrer schützenden Hand. — Ihre kindliche Liebe für die h. Sache, welche Sie nicht mit den Intrigen verwechseln, die deren Maske vornehmen, hat sich ununterbrochen in der Vertheidigung und Unterstützung des Papstes gezeigt, und der Senat steht nicht an, allen darauf bezüglichen Akten seine Zustimmung zu geben. Wir setzen allezeit Vertrauen in den Monarchen, welcher das Papstthum mit der französischen Fahne deckt, es in seinen Bedrängnissen unterstützt und sich vor Rom und den päpstlichen Thron als aufmerksamste und getreueste Schildwacht stellt. Die Diskussion ist auf Donnerstag angelegt.

Hamburg, 25. Febr. Die heute erschienenen „Nachrichten“ enthalten eine Depesche aus Kopenhagen vom gestrigen Tage, nach welcher man in officiellen Kreisen wissen wollte, es bestätigte sich, daß die Regierung die Absicht habe, den Reichsrath in zwei Kammern umzugestalten. Der König werde die erste Kammer ernennen, für die zweite soll eine weitere Wahlbasis gebildet werden. Holstein solle jedwede Freiheit in inneren Angelegenheiten erhalten. Es wurde auch glaubwürdig berichtet, daß das holsteinische Ständemehrrecht ein ganz unbeschränktes sein solle.

Wien, 25. Febr. Die heutige „Presse“ hebt hervor, daß außer den Reichsraths- und Landtagsstatuten, sowie den Enderungsordres für die Landtage auf den 2. und für den Reichsrath auf den 20. April, das Protokollentgehe, das Unterrichtsstatut und das Organisationsstatut des Handelsministeriums jetzt unmittelbar publicirt werden sollen. Es verlautete sogar gerüchtesweise, von einer Republikation der Grundrechte.

Paris, 24. Febr. Das „Giornale di Roma“ vom 22. d. erklärt, daß die päpstliche Regierung die Verantwortlichkeit, welche die Broschüre Laguerrennere's ihr auferlegt, zurückweise, und fügt hinzu, daß die Broschüre ähnliche Punkte wie die früheren Broschüren enthalte, daß sowohl die Allocution vom Januar 1860, sowie die folgenden Ansprachen des Papstes, und die Depesche des Cardinals Antonelli vom 29. Febr. 1860 an den Nuntius Sacconi genügend dargelegt hätten, auf wen die Verantwortlichkeit für die bedauerlichen Ereignisse zurückzufallen.

Paris, 24. Febr. Die syrische Conferenz ist auf sechs Wochen vertagt, während welcher Zeit der Status quo aufrecht erhalten bleibt. Das „Journal des Debats“ fordert eine Aussetzung der Verhandlungen derselben bis zur Einführung der neuen Ordnung der Dinge in Syrien.

Paris, 24. Febr. Der päpstliche Kriegsminister begt Beforgnisse vor einem Angriffe in der Richtung von Grosinone her. General Copon hat in Folge dessen die nöthigen Vorbereitungen getroffen, derartigen Demonstrationen zu begegnen.

London, 24. Febr. Aus Virginien hier eingetroffene Nachrichten vom 10. d. Mts. melden, daß die Wahlen für die Mitglieder des am 13. in Virginien stattfindenden Convents in mehreren Grafschaften, und zwar im Osten zu Gunsten der Anti-Secessionspartei ausgefallen seien. Obgleich die Nachrichten von allen Grafschaften noch nicht vollständig eingegangen sind, so nimmt man doch an, daß der Staat Virginien entschieden als Gegner der jetzigen Bewegung im Convent selbst hervortreten und demgemäß das Schicksal anderer Staaten des Südens bestimmen werde.

Mit dem zuletzt eingetroffenen New-Yorkdampfer angekommene Nachrichten aus Washington vom 13. d. Mts. melden, daß man einen Conflict nicht erwarte, bevor die förmliche Erklärung von einer südlichen Conföderation eingegangen sei. Bedeutende Militärkräfte seien concentrirt und stehen bereit, nach Charleston zu marschiren.

Verona, 23. Febr. Das „Giornale di Verona“ erhielt wegen eines die kaiserliche Regierung beleidigenden Artikels die erste Verwarnung.

Lurin, 23. Febr. Die heutige „Opinion“ ist ermächtigt zu erklären: „Anlässlich des Gerüchtes, ein Breve des römischen Hofes habe dem „bekannten Priester“ Paul Ballarini die Vollmacht erteilt, die bischöfliche Jurisdiction in Mailand auszuüben, habe die kaiserliche Regierung unverzüglich verfügt, daß gegen Jeden, der von diesem Breve Gebrauch machen wollte, das Strafverfahren eingeleitet würde.“

Mailand, 24. Febr. Der heutigen „Perseveranza“ wird aus Messina geschrieben: „Die Befestigung der Festung sei durch General Chabrera's Anforderung zur Uebergabe derart erbittert worden, daß sie eine Demonstration machte, die Lunten anzündete und die Kanonen richtete.“

Bologna, 22. Febr. Der „Moniteur“ berichtet, die römische Eisenbahngesellschaft habe mit dem Falliment Miro's nichts zu schaffen, und ihre Interessen seien gesichert.

Preußen. Landtag.

K. C. Siebzehnte Sitzung des Hauses der Abgeordneten.

Präsident Simson eröffnet die Sitzung gleich nach 12 Uhr. — Am Ministertische: v. Auerwald, v. Schleinitz, v. Bethmann-Hollweg, Graf Bülckers, v. d. Heydt, Graf Schwerin. — Die Tribünen sind zahlreich besetzt.

Die Abgeordneten Behrend (Danzig) und Genossen überreichen folgende Anträge: 1) Die Regierung aufzufordern, einen Gesetzentwurf über die Reform des Hypothekenwesens nach den in dem beigefügten Entwurf niedergelegten Grundrissen baldmöglichst vorzulegen und 2) einen Gesetzentwurf betreffend die Abänderung der Substitutions-Ordnung.

Die Abgeordneten Burghardt und Genossen beantragen, die königliche Staatsregierung aufzufordern, einen Gesetzentwurf, betreffend die Reform des Hypothekenwesens in Neu-Vorpommern und Rügen, baldigt vorzulegen. Die Anträge gehen an die durch 7 Mitglieder zu verstärkende Justiz-Commission. Vor der Tagesordnung bittet der Abgeordnete Graf Menard um das Wort: Er wolle sich erlauben, dem Herrn Präsidenten ein Schreiben zu überreichen und zwar öffentlich, damit dasjenige, was öffentlich vorgekommen sei, auch öffentlich zum Austrage gebracht werde.

Präsident: Er nehme den Brief in Empfang, von dessen Inhalt er begreiflicher Weise keine Kenntniss haben könne; er behalte sich daher weitere Mittheilung darüber vor (Heiterkeit rechts).

Bei Verhandlung des Berichts der Agrar-Commission über den Gesetzentwurf wegen Regulirung der gütsherrlichen und bäuerlichen Verhältnisse in Neu-Vorpommern und Rügen regt Abg. v. Wedell (Nordhausen) die Frage an, ob nicht die Vorlage als ganz spezielles Provinzialgesetz den Provinzialständen zur Begutachtung vorgelegt werden müsse; seine Freunde und er würden, da sie die Frage bejahten, gegen die Vorlage stimmen. Der Regierungs-Commissar macht, wie in den Motiven bereits geschehen, darauf aufmerksam, daß es sich nur um Anwendung eines allgemeinen Gesetzes (des sog. Realasten-Gesetzes) auf einen besondern Landestheil handle. — Der § 1 des Gesetzentwurfes wird in der Fassung der Commission (welche auch den § 86 des Realasten-Gesetzes auf Neu-Vorpommern und Rügen ausdehnen will) angenommen; eben so § 2 (objektive Regulirungsfähigkeit) unverändert nach der Regier.-Vorlage. In § 3 hat die Commission die Bestimmungen wegen der subjektiven Regulirungsfähigkeit dahin geändert, daß demjenigen (resp. seinen Erben), welcher die zur Regulirung gelangende Stelle zur Zeit der Verkündung des Gesetzes vom 1sten Mai 1854, betr. die Aufhebung des Sessungs-Gesetzes von 1848, besaß und seitdem, vor dem 1. Jan. 1861 räumte, ohne daß sie einem Mitgliede der Familie wieder verliehen ward, vor dem späteren, zeitigen Inhaber (einem bloßen zeitweisen Besitzer resp. Pächter) das Vorzugsrecht zustehen solle, wofür die Aufgabe des Besitzes mit schriftlichem Vorbehalt oder beim Prosse auf Räumung mit Einwendung seines Eigenthums- und erblichen Besitzrechts gescheh und hierüber nicht schon unbedingt rechtskräftig entschieden ist — vorbehaltlich und unbeschadet natürlich der vertragmäßigen Rechte und einseitigen periodischen Benutzung eines späteren und zeitigen Inhabers. Diese Bestimmung trifft nur das Verhältniß zwischen dem Besitzer von 1854 und dem späteren und zeitigen Inhaber der Stelle; sie findet ihre Rechtfertigung in der Thatsache, daß insbesondere seit Publikation des Gesetzes von 1854 Auswanderungen und Ermittlungen seitens derjenigen Gütsherrschaften, welche (wie die Corporationen, Klöster und Stiftungen) die Stellen bis dahin konjunkt haben, in erheblicher Anzahl auch gegen solche bäuerliche Inhaber stattfanden, in deren Familien der Besitz der Stellen seit unvorstelllicher Zeit, mitunter seit länger als einem Jahrhundert, wenn gleich auch mit periodischer Wiederübertragung, gewesen und gütsherrlicherseits durch Uebertragung an rechte, Stief- oder Schwiegerkinder und Anverwandte herkömmlich erhalten worden war. Dieser Paragraph, so wie die folgenden werden ebenfalls ohne Diskussion, unter Zustimmung der Regierung, angenommen, eben so das ganze Gesetz. Die Fraktionen der Linken stimmen durchweg gegen die Vorlage.

Dem Handelsvertrage mit Paraguay erteilt das Haus ohne Diskussion seine Zustimmung.

Der letzte Gegenstand der Tagesordnung ist der erste Petitionsbericht der Unterrichts-Commission, aus welchem neulich das Wesentliche mitgetheilt ist. Zu der Petition wegen Regulirung der Verhältnisse der jüdischen Religions- und Elementarlehrer, wonach es den jüdischen Gemeinden nicht mehr gestattet bleibe, ihre Lehrer nach Willkür zu mieten und zu entlassen, sowie ihre schulpflichtigen Kinder dem Religions-Unterricht zu entziehen, beantragt die Commission Tagesordnung.

Abg. Wagener: Er wolle nur seine Abstimung rechtfertigen und einen Protest für bessere Zeiten erheben. Die Comm. sei von der Ermüdung ausgegangen, daß kein gesetzlicher Anhaltspunkt gegeben sei zur Beurtheilung der Petition, so lange die Statuten der Gemeinden noch nicht allwärts durchgeführt seien. Nein, dann muß man einfach auf die früheren Gesetze und Rechtsverhältnisse zurückgehen; diese aber seien in Bezug auf die vorliegende Frage ungewiß. Es handle sich allerdings um Privatangelegenheiten, aber um solche, die durchaus nicht in das Belieben der einzelnen Gemeinde gestellt seien, da jede Gemeinde für approbirt Religionslehrer zu sorgen habe. Er könne nur wünschen, daß die Regierung Veranlassung nehmen möge, die bestehenden alten gesetzlichen Bestimmungen in Anwendung zu bringen, um einem ehrenwerthen Stande innerhalb der Gemeinde die ihm gebührende Stellung zu sichern.

Abg. Dr. Reit: Wenn die Sache nach dem Gesetze vom 23. Juli 1847 zu behandeln, so bemerke er, daß nach § 72 (?) dieses Gesetzes alle von demselben abweichenden Bestimmungen außer Kraft gesetzt sind. Er könne nicht auf einmengen, wie jetzt noch auf die früheren Bestimmungen zurückgegangen werden solle. Es sei möglich, daß es einer gesetzlichen Regulirung noch bedürfe; aber die durch das Gesetz von 1847 vorgeschriebenen Statuten seien erst ein Jahrzehnt später zur Ausführung gekommen und beständen also erst kurze Zeit. Nach allen Regeln der Klugheit möge man nun die Wirkung der Statute abwarten und wenn Mißgriffe sich ergeben, eine Revision eintreten lassen; auf Grund einer solchen Revision könne man dann allgemeine zusätzliche Bestimmungen zu dem Gesetze von 1847 erlassen. Das, glaube er, sei die Meinung der Commission gewesen.

Abg. Wagener theilt die Deduktion des Vorredners nicht, da es sich nicht um eine von dem Gesetze von 1847 abweichende Bestimmung handle, sondern um eine gesetzliche Bestimmung über Verhältnisse, welche das Gesetz von 1847 unentzogen gelassen habe.

Der Referent Abg. Meinde empfiehlt den Antrag der Commission. Die öffentlichen jüdischen Schulen hätten die Rechte der öffentlichen Schulen überhaupt, und es läge kein genügender Grund vor, um den Lehrern an jüd. Privatschulen eine andere rechtliche Stellung zu mahnen, als den Lehrern an andern Privatschulen. Die Tagesordnung wird angenommen.

Der Lehrer Vast (Regier.-Bez. Cöslin) bittet, das Wirtschaftsjahr bei Lehrer-Auseinanderrechnungen auch künftig wie bisher mit Michaelis beginnen und enden zu lassen, andernfalls ihn für einen erlittenen Verlust zu entschädigen. Die Commission beantragt Tagesordnung; den allgemeinen Inhalt der Petition will sie der Staatsregierung „als Anregung und Material“ für die Aufnahme gesetzlicher Bestimmungen über die amtliche Auseinanderrechnung zwischen antretenden und abziehenden Lehrern in das zu erwartende Unterrichtsgesetz überweisen.

Abg. v. Vinde (Hagen) beantragt, mit Rücksicht auf den Usus des Hauses, die Ueberweisung „zur Berücksichtigung“; Abg. Schwenzner hält die Vertheilung auf das Unterrichtsgesetz für etwas problematisch und wünscht eine schleunigere Erledigung des Gegenstandes bei den sich ergebenden zahlreichsten Uebelsständen. Der Referent Abg. Ritter schließt sich dem Antrage des Abg. v. Vinde, welcher der Resolution der Commission nur größeren Nachdruck gebe, an; ebenso das Haus.

Eine Petition aus der Stadt Bönen, die 1/2 katholische und 1/2 protestantische Einwohner zählt, wünscht diesem Verhältnisse gemäß eine gerechtere Vertheilung der Beiträge zu den Kosten der Schulen. Abg. Schwenzner, welcher die Petition befürwortet, nimmt dabei auf eine frühere Aeußerung des Abg. v. Vinde Bezug.

Abg. v. Vinde bemerkt, daß der Vorredner ihn mißverstanden habe. Wenn er gesagt, die Unterhaltung der Schule sei nicht Sache des Staates, so folge daraus nicht, daß es Sache der Commune, auch nicht, daß es reine Privatangelegenheit sei. Es gebe noch ein Viertes, wie es z. B. in den westlichen Provinzen bestünde, daß die Schulsocietät, die Hausväter des Ortes verpflichtet seien. Der Abg. Schwenzner möge sich also künftig besser in den Gesetzen und namentlich im Allgem. Landrecht umsehen.

Abg. Schwenzner: Er kenne das Allgem. Landrecht so gut, wie Herr v. Vinde; dieser scheine aber den Commissionsbericht nicht genügend durchgesehen zu haben. — Die Tagesordnung wird angenommen.

Eine Petition aus dem Kreise Heiligenbeil führt Beschwerden über die von der Regierung zu Königsberg befohlene Einführung des Unterrichts in weiblichen Handarbeiten in den Elementarschulen. Die Commission beantragt eine das Recht und das Bedürfnis der zwangsweisen Einführung anerkennende, aber die möglichste Rücksichtnahme auf die Verschiedenheit der Localverhältnisse empfehlende Tagesordnung.

Abg. Diesterweg: Die von der Regierung getroffene Einrichtung könne nur von guten Folgen sein, und er halte es für angemessen, auf ein Beispiel in einem anderen Lande (Sachsen-Weimar) hinzuweisen. Als die Mutter des jetzigen Großherzogs ins Land kam, hätte sie sich angelegentlich um die häuslichen Verhältnisse der ärmeren Leute bekümmert und namentlich dafür gesorgt, daß der Unterricht in weiblichen Handarbeiten in sämtliche Schulen eingeführt wurde. Viele Gemeinden hätten sich geweigert, aber nach fünf Jahren schon hätten gerade diese das, was sie früher abgelehnt,

als eine Wohlthat erbeten. Zerlumpte Schulkinder seien nach und nach verschwunden, Reinlichkeit hätte zugenommen und die hohe Frau habe denen, die keine Spiegel besaßen, solche geschenkt. — Abg. v. Bardeleben: Genau denselben Kampf wie die Regierung in Königsberg, habe auch die Regierung in Minden zu bestehen, deren Präsident er sei. Auch im Minden'schen seien 1859 die weiblichen Handarbeiten zu einem obligatorischen Lehrgegenstande in den Volksschulen gemacht worden; zum größten Theil sei die Durchführung gelungen, leider aber hätte sich im Ravensberger Lande ein bestiger Widerstand ergeben, und fast täglich würden noch Klammationen erhoben. Man sagt dort nicht bloß, daß die Einführung gesetzwidrig sei, sondern sie solle sogar eine Verletzung der Verfassung sein. (Heiterkeit). Man hebe u. a. gegnerischerseits hervor, daß man der Regierung eine zu große Befugnis damit einräume; man spreche von einem künstlichen Beglückungs-System, aber es sei zu bedenken, daß, wenn irgendwo, der Aufstichtsbeförde hier eine größere Freiheit eingeräumt werden müsse, um den Bedürfnissen des Fortschritts und der gegenwärtigen Generation Rechnung tragen zu können. Früher hätte man nothdürftig Lesen und Schreiben gelehrt; das genüge nicht mehr. Man habe mit unangenehmen Resultaten bei den nächsten Wahlen gedroht; die Regierung habe sich aber nicht schreden lassen. Es seien namentlich diejenigen gegen die Neuverung, welche darin einen Beweis der realistischen Richtung im Schulwesen witterten. — Der Redner benutzt die Gelegenheit, um einige Bemerkungen des Abg. Buschmann bei der Adressdebatte über die pietistische Richtung der Schul-Inspektionen im Minden'schen, speziell im Kreise Lübbecke, zurückzuweisen und zu erklären, daß die sog. „pietistisch-feudalistische“ Richtung des Ober-Regierungs-Raths v. Schlottheim in Minden (den der Abg. Buschmann nicht genannt, aber — wie er nachher zugeibt — gemeint hat) auf die Entschliefungen der mindener Regierung in den letzten zwei Jahren keinen Einfluß gehabt habe.

Abg. Wagener gegen den Antrag der Comm.: Wenn die Freiheit eines Volkes bloß darin bestünde, daß recht viel von Selbstregierung gesprochen würde, so wären wir auf dem besten Wege, in kürzester Zeit eines der freiesten Völker zu werden. Leider aber werde in der That der Bureaucratismus immer mehr verstärkt. Er sei kein Gegner des Schulzwanges, allein der Schulzwang sei in Preußen schon so gepantert, daß man ihn nicht noch mehr anspannen dürfe. Wenn man von Selbstregierung spreche, so müsse man doch mit der väterlichen Gewalt den Anfang machen. Die Commission sage: striden und nähern sei eine schöne Forderung, jedoch sei eben eine solche schöne Forderung, namentlich für Mädchen auf dem Lande, welche weniger auf ihre Toilette zu geben pflegen, allein es werde Niemand einfallen, auch das Kochen zu einem Unterrichtsgegenstande zu machen. Es handle sich hier nur um eine Steigerung einer wohlwollenden Bevormundung derjenigen Behörden, welche er gewissermaßen als das Centrum der Bureaucratie in Preußen bezeichnen müsse. Auf diesem Wege komme man nicht zur Selbstregierung und Freiheit, sondern zu einem beglückenden Despotismus, und dem wolle er entgegenstehen.

Abg. Reichensperger (Köln): Er gehöre nicht zu denjenigen, welche in dem Nöhen und Stridenlernen irgendwie eine bedenkliche Verweltlichung des Schulunterrichts erblickten. Es gebe aber sehr viel Schönes und Gutes, zu dem man doch nicht gezwungen werden solle und dürfe. Mit dem zwangsweisen Wohlthun sei es eine bedenkliche Sache, und es sei nicht gerathen, in der Allgemeinheit, wie die Comm. es vorschläge, mit dem zwangsweisen Unterricht in dieser Weise vorzugehen. Die Einführung eines solchen neuen Unterrichtsgegenstandes führe leicht zu einer Ueberbürdung der Kinder, zu einer Ausdehnung der Schulstunden von sechs auf acht bis neun Stunden täglich. Was dem einen Landestheile gut sei, sei in einem anderen überflüssig, deshalb sollte man nicht so generalisiren, wie die Comm. beabsichtige.

Abg. Buschmann hält gegen den Abg. v. Bardeleben seine Aeußerungen über die Schulinspektionen im Kreise Lübbecke, sowie über den Ober-Regierungs-Rath v. Schlottheim in Minden (als der pietistisch-feudalistischen Richtung angehörig) aufrecht.

Abg. v. Schleinitz (Ephraïm): Die Einwände, die hier laut geworden, würden immer geltend gemacht, wenn es sich um Verbesserung des Schulwesens handle; man käme nie weiter, wenn man bei solchen Verbesserungen auf die freiwillige Zustimmung sämtlicher Hausväter warten wollte. Das Volk zu bilden und zugleich wohlhabender zu machen, sei die Aufgabe. Im Volke könnten viele Frauen werden nähern noch striden. Bei voller Freiheit der väterlichen Gewalt würden wohl viele Bauern ihre Kinder lediglich Gänse und Kühe hüten lassen. (Sehr richtig! rechts).

Abg. Harfort: Gegen bürocratische Ueberheblichkeiten fände der Abg. Wagener wohl bessere Gelegenheit zur Abwehr auf dem Gebiet des Gemeindefwesens. Die unteren Klassen sträubten sich leicht gegen derartige Verbesserungen, man möge nur an die Impfung denken; einen solchen Widerstand müsse man überwinden. Die unteren Klassen müßten einsehen, wie gut das sei, was man in Westfalen „rein und ganz“ nenne.

Abg. v. Ammon: eine Parallele zwischen denjenigen Ländern, wo Schulzwang herrsche und wo nicht, werde sehr zu Gunsten Preußens ausfallen. Ueber die Zweckmäßigkeit des Gegenstandes, um den es sich hier handle, könne keine Frage sein. Wenn Abg. Wagener meine, es könne vielleicht das Kochen in den Schulen gelehrt werden, so solle dies wohl nur ein Spaß sein; dabei könne man aber zu dem Sprichwort kommen von den vielen Köchen, welche den Brei verderben. Die Furcht vor dem bürocratischen Despotismus könne er nicht theilen, und wenn man sehe, wie die Comm. die Sache behandelt habe, mit welcher genauen Berücksichtigung aller Verhältnisse, so werde man wohl über Bureaucratismus und Despotismus nicht klagen können. (Bravo.)

Abg. Dr. Götze: Nöhen und striden müßten die Mädchen früher lernen, als tödten. Die Forderung, diesen Unterricht facultativ zu machen, sei auch in dem Comm.-Antrage enthalten. Die Comm. wolle nicht generalisiren, sondern auf die lokalen Verhältnisse Rücksicht nehmen. Dem Abg. Reichensperger wolle er nicht erwidern, daß zwei oder drei Stunden täglicher Unterricht in Handarbeiten enorm wäre, und keiner Behörde werde es einfallen, eine solche Anordnung zu treffen; vier Stunden wöchentlich wären ausreichend. (Bravo.) — Die Diskussion wird geschlossen.

Der Referent Abg. Tammann: Wenn der Abg. Wagener den Schulzwang als mit der Selbstregierung im Widerspruch stehend bezeichnet habe, so dürfe dabei nicht übersehen werden, daß das preussische Schulgesetz recht eigentlich auf dem Schulzwang, als einer seiner Hauptbasen beruhe, und wenn man diese angreife, man dem ganzen Schulwesen entgegenzutreten müsse. Der Staat könne wohl verlangen, daß der Unterricht gegeben werde, der einen tüchtigen Staatsbürger heranzubilden geeignet sei. Er empfehle den Comm.-Antrag.

Bei der Abstimmung wird der Commissions-Antrag mit großer Majorität angenommen.

Die übrigen Petitionen geben zu einer Diskussion nicht Anlaß. — Die Tagesordnung ist erledigt.

Minister der Landw. Angelegenheiten Graf Bülckers: Schon lange sei das Bedürfnis fühlbar geworden, das Gesetz vom 15. April 1857, betreffend die Ablösung der den geistlichen und Schulinstituten zustehenden Realasten, einer Revision zu unterwerfen. Die Regierung habe sich dieser Arbeit unterzogen; er überreiche dem Hause einen dahin gehenden Gesetzentwurf nebst Motiven. — Die Vorlage geht an die Agrar-Commission.

Damit schließt die Sitzung um 2 1/2 Uhr. — Nächste Sitzung Mittwoch 11 Uhr. Tagesordnung: Budget- und Petitionsberichte.

Berlin, 25. Febr. [Amtliches.] Der bisherige Privatdocent an der königlichen Universität zu Breslau, Professor und Prorektor an der Realschule zum heiligen Geist, Dr. G. Marbach, ist zum außerordentlichen Professor in der philosophischen Facultät der gedachten Universität ernannt worden.

Se. Maj. der König haben allergnädigst geruht, den nachbenannten Offizieren die Erlaubnis zur Anlegung des von des Königs der Belgier Majestät ihnen verliehenen Leopold-Ordens zu erteilen und zwar:

des Groß-Kreuzes: dem Inspecteur der 2. Artillerie-Inspection und Präses der Artillerie-Prüfungs-Commission, General-Lieutenant von Puttkammer, des Commandeur-Kreuzes: dem Mitglied der Artillerie-Prü-

